

Terje Halvorsen (Lillehammer)

## Die kommunistischen Parteien Europas im zweiten Jahr des deutsch-sowjetischen Paktes am Beispiel Norwegens und Frankreichs

### Eine kritische Auseinandersetzung mit traditionellen Auffassungen

"However, the Communists were under the pressure of the German-Soviet Pact from August 1939, and were not active in the Resistance until after the German invasion of the Soviet Union on 22 June 1941."<sup>1</sup>

Mit diesem Zitat aus dem Werk des dänischen Historikers Jørgen Hæstrup über die europäischen Widerstandsbewegungen der Kriegszeit wird die traditionelle These, daß die Kommunisten bis zum deutschen Angriff auf die Sowjetunion keinen Widerstand geleistet hätten, treffend zusammengefaßt. Wenn auch indessen einige Historiker eine schon einige Monate vor dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion beginnende Kursänderung bei kommunistischen Parteien registrieren konnten, führte dies normalerweise zu einer Modifizierung, aber keineswegs zu einer kritischen Revision der These selbst. Die Vorstellung von den während der ganzen Paktperiode eher auf "Neutralität" oder gar Kollaboration als auf Widerstand eingestellten Kommunisten - und der dementsprechend von Moskau aus durchgesetzten Kominternlinie - blieb weiterhin vorherrschend.

Indessen konnten einzelne Historiker zwar feststellen, daß die von ihnen speziell untersuchte kommunistische Partei sich nicht ganz in das für die Paktperiode etablierte Schema einpassen ließ. Das galt zu verschiedenen Zeitpunkten während des zweiten Paktjahres z.B. für die schwedische, die niederländische und die französische Partei.<sup>2</sup> Aber das wurde gern als nationaler Sonderfall und Abweichung von der Regel, d.h. von der Linie der Komintern, ausgelegt. Die Regel selbst - bzw. die traditionelle Sicht auf die Generallinie - wurde selten in Frage gestellt. Das muß verwundern. Denn ein Studium der Publikationsorgane der Komintern zeigt, daß in ihnen seit Sommer 1940 gewisse neue Akzente auftauchten - Akzente, die den angeführten Beobachtungen für die Parteien entsprechen.

In diesem Artikel soll keineswegs die allgemeine Gültigkeit der traditionellen These für das erste Paktjahr in Frage gestellt werden. Der Sinn des Artikels ist es aber, den Nachweis zu erbringen, daß ab Sommer 1940 eine Akzentverschiebung in der Kominternlinie stattfand, die eine Entwicklung in antideutsche Richtung einleitete und allmählich, wenn auch nicht als

---

1 Hæstrup, Jørgen: *Europe Ablaze. An Analysis of the History of the European Resistance Movements 1939-1945*, Odense 1978 (OA 1976), S. 60.

2 Hirdman, Yvonne: *Sverges Kommunistiska Parti 1939-1945*, Stockholm 1974, S. 73; Galesloot, Hansje/Legêne, Susan: *Partij in het verzet. De CPN in de tweede wereldoorlog*, Amsterdam 1986, S. 48ff. - Siehe auch Pelt, W. F. S.: *Vrede door Revolutie. De CPN tijdens het Molotov-Ribbentrop Pact (1939-1941)*, Den Haag 1990, Kap. IX-XI; Courtois, Stéphane: *Le PCF dans la guerre. De Gaulle, la Résistance, Stalin*, Paris 1980, S. 193.

Rundfunksendungen in Tschechisch und Slowakisch vorzubereiten, die nach Beginn der Invasion viermal täglich vom Gebiet der DDR aus gesendet werden sollten. Auf Beschluß des Politbüros des ZK der SED sollte eine elfköpfige Gruppe von Redakteuren mit H. Herzberger an der Spitze die Sendungen betreuen. Die Gruppe sollte vom 23. Juli an sendebereit sein. Gesendet wurde nach dem 21. August auf der Frequenz der Station Altenheim. Die Sendungen fanden jedoch bei den tschechoslowakischen Bürgern nicht das erwartete Echo, so daß sie auf Beschluß des Sekretärs des ZK der SED, Lamberz, am 4. September eingestellt wurden.<sup>83</sup>

Hinsichtlich der eigentlichen militärischen Invasion in die Tschechoslowakei bestätigt die Untersuchung der Kommission voll und ganz die Schlußfolgerungen des Buchs von R. Wencke<sup>84</sup>, das ebenso wie die Berichte der Beauftragten der Kommission aus dem Bezirk Nordböhmen bestätigt, daß - abgesehen von Verbindungsoffizieren - Einheiten der DDR das Territorium der Republik nicht betreten haben.<sup>85</sup> Protestäußerungen von Bürgern der DDR gegen die Militärintervention lassen sich in bedeutender Anzahl belegen. Nach Informationen der tschechoslowakischen Vertretung in Berlin wurden alle ihre Gebäude von Polizei bewacht, und gegen die Familienangehörigen der deutschen Angestellten wurden von Stasiorganen Ermittlungen angestellt. Trotz des nicht geringen Risikos kamen zum Gebäude der Botschaft "Dutzende von Delegationen, besonders aus der Jugend, aber auch ganze Familien mit Kindern, die Blumen und Resolutionen zur Unterstützung der ČSSR brachten".<sup>86</sup> Daß diese Handlungsweise riskant war, bestätigen Dokumente, die die Kommission aus dem Archiv der SED erhielt. Danach verzeichneten die Polizeiorgane im Zeitraum vom 22.8.-4.9. 1802 "staatsfeindliche Straftaten", die mit den Ereignissen in der ČSSR zusammenhingen. Es kam zu 468 Verhaftungen und zur Aufnahme von 949 Ermittlungsverfahren, von denen 479 den Organen des MfS übergeben wurden. Die meisten dieser Fälle gab es im Bezirk Karl-Marx-Stadt (242) und in Berlin (282).<sup>87</sup> Von Tausenden ostdeutscher Touristen in der Tschechoslowakei ist bekannt, daß sie Unterstützung für die demokratischen Veränderungen bekundeten. Man kann sagen, daß es zu einem beeindruckenden Aufschwung der ostdeutschen Bürger kam, dem ein wichtiger Platz in der Geschichte der antitotalitären Bewegung zwischen März 1953 und Ende 1989 zukommt, als die Berliner Mauer fiel.

Die Sympathien der ostdeutschen und westdeutschen Bürger für den "Prager Frühling" und die Verurteilung der Invasion im August 1968 sind bis heute im Gedächtnis der tschechischen Bevölkerung und tragen zur Annäherung beider Völker bei.

*Aus dem Tschechischen übersetzt von M. Bailleu (Potsdam)*

---

83 AK-Z-N-IFGA-ZPA-IV-A-2/52 Abt. Transport und Nachrichtenwesen.

84 S. Anm. 43.

85 AK-ZM-Liberec, Ústí n/Labem, Česká Lípa.

86 AK ŠB-7835 vom 21.8.

87 AK-Z-N1-IFGA-ZPA S. 86. "Statistische Zusammenstellung über Vorkommnisse vom 22.8.-4.9.1968".

einzige Ursache, zu einer Praxis der kommunistischen Parteien führte, die durchaus aus Elementen des Widerstands bestand.

Um diese Auffassungen zu begründen, werde ich im wesentlichen zwei kommunistische Parteien als Beispiel anführen: die norwegische (NKP) und die französische (PCF). Zur Bedeutung der PCF bedarf es keiner weiteren Ausführungen. Die NKP dagegen war klein und relativ bedeutungslos. Ungeachtet dessen ist ihr von Franz Borkenau und anderen später eine Art Pilotfunktion zugeschrieben worden, soweit es im Frühjahr und Sommer 1940 darum ging, die Linie der Komintern umzusetzen. Deshalb kommt ihr auch international ein gewisses Interesse zu. Doch zunächst will ich kurz auf die Mängel der traditionellen Auffassungen eingehen.

## Mängel der traditionellen Auffassungen

Ungeachtet der existierenden Quellenlage war es möglich, klare Schwachpunkte in den traditionellen Auffassungen vom Verhalten der Kommunisten im Widerstand auszumachen.

Der erste Schwachpunkt ergab sich aus der allgemeinen Unschärfe des Begriffs "Widerstand". Das ist ein vieldeutiger Begriff, dem eine weitere oder engere Bedeutung gegeben werden kann - und gegeben wird -, der aber selten problematisiert und diskutiert, und noch seltener definiert wird. Um zu der klassischen These über die Kommunisten Stellung nehmen zu können, muß man eine Vorstellung von dem entwickeln, was "Widerstand" ist. Soll dieser Begriff lediglich paramilitärischen Aktionsformen wie Partisanenkrieg, Sabotage, Attentaten und Spionagetätigkeit vorbehalten bleiben, oder schließt er auch zivile Aktionsformen wie Agitation, Demonstrationen, Protestaktionen und Streiks ein? Müssen Aktionen des "Widerstands" mit nationalen oder anti-faschistischen Argumenten begründet werden, oder reichen soziale und ökonomische Begründungen aus, wenn die Aktionen sich objektiv gegen die Okkupationsmacht richten? Ist es "Widerstand", verbotene Organisationen aufrechtzuerhalten und illegale Zeitungen herauszugeben? Gilt der Begriff nur für Aktionen, die sich direkt gegen die Okkupationsmacht richten - oder erfaßt er auch Aktionen gegen Kollaborationsregimes und Kollaboration in anderen Formen? Bedingt "Widerstand" eine Parteinahme für oder eine Zusammenarbeit mit Deutschlands Kriegsgegner Großbritannien? Zwingt "Widerstand" zur Unterordnung sozialer und politischer Gegensätze unter die Erfordernisse des gemeinsamen nationalen Kampfes?

Eine Klärung solcher Fragen ist keine unnütze Beckmesserei. Unterschiedliche Antworten, d.h. unterschiedliche Definitionen des Begriffs "Widerstand" bzw. mit diesem Begriff verbundene unterschiedliche Vorstellungen, werden auch unterschiedliche Erwidrerungen auf die Frage ergeben, ab wann und auf welche Weise Kommunisten Widerstand geleistet haben.

Die traditionellen Auffassungen sind zudem in mehreren Punkten unzureichend belegt oder mangelhaft begründet worden. Dafür soll ein Beispiel angeführt werden. Da es nur wenige komparative und länderübergreifende Untersuchungen zum relevanten Abschnitt in der Geschichte der kommunistischen Parteien gibt, wird Franz Borkenaus Klassiker "Der europäische Kommunismus" von 1952 bis heute verwendet<sup>3</sup> und seine Aussagen über die norwe-

3 Borkenau, Franz: Der europäische Kommunismus. Seine Geschichte von 1917 bis zur Gegenwart, Bern 1952 (britische Ausgabe u.d.T. European Communism, London 1953).

gische KP unkritisch übernommen. Das gilt nicht zuletzt für seine These über Norwegen als "das Experimentierfeld der nazistisch-kommunistischen Einheitsfront"<sup>4</sup>. Seine Aussagen haben bis heute praktisch Eingang in seriöse Darstellungen gefunden und wurden benutzt, um die Politik der Komintern generell zu beleuchten, obwohl Borkenhaus These ein typisches Produkt des Kalten Krieges ist und nicht mal einer oberflächlichen Überprüfung standhält.

Ein wichtigerer Einwand gegen die traditionellen Auffassungen ist die ihnen zugrundeliegende statische Denkweise. Der Ausgangspunkt der These von den widerstandspassiven Kommunisten ist natürlich die nach der Unterzeichnung des Paktes wohlbekannte auferlegte Abkehr vom früheren antifaschistischen Kurs und der Übergang zum Kampf gegen den "imperialistischen Krieg" und zu einer "Neutralität" mit klar antibritischer Orientierung im ersten Paktjahr bis zum Sommer 1940. Das zweite Jahr des Paktes, als Deutschland als Sieger- und Okkupationsmacht dastand, ist in Wirklichkeit nie ernsthaft einer komparativen Analyse unterzogen worden. Die Hauptthese wurde für diese Periode zumeist auf eine einfache Reduktion gestützt: Der Pakt war in Kraft bis zum 22. Juni 1941 und ebenso, wie sich leicht dokumentieren läßt, die These vom imperialistischen Krieg und die grundsätzliche Frontstellung gegen Großbritannien, folglich hätten sich auch die Linie der Komintern und die Politik der Kommunisten nicht geändert. Sie hätten sich also weiterhin nicht am Widerstand beteiligt oder sogar noch Schlimmeres geleistet.

Das Problem besteht darin, daß dieses Argumentationsmuster auf einer Dichotomie beruht - entweder für Großbritannien oder für Deutschland, welche die Kommunisten sich nicht zu eigen machten. Sie waren im Prinzip gegen die beiden kriegführenden, imperialistischen Mächte. Der Hinweis darauf, daß die Kommunisten weiterhin Großbritannien angegriffen haben, ist deshalb kein Beweis dafür, daß sie es unterlassen hätten, Widerstand gegen Deutschland zu leisten.

Gegen traditionelle Statiker wie Borkenhaus, Braunthal<sup>5</sup>, Tasca<sup>6</sup> und gegen die Statiker neueren Datums kann der russische Historiker Michail Narinski<sup>7</sup> angeführt werden, der - worauf noch zurückzukommen ist - in der Politik der französischen KP im Verlauf der knapp zwei Paktjahre sechs Phasen unterscheidet, von denen er fünf der Periode vom Juni 1940 an zurechnet, d.h. eben jener Periode, für die sich die meisten Traditionalisten am wenigsten interessiert haben.

Zusammenfassend sind m.E. bei den traditionellen Auffassungen mehrere Schwachpunkte festzustellen: Mängel in der empirischen Untersuchung und Beweisführung, Unklarheiten in der Begrifflichkeit sowie fragwürdige methodische Prämissen, so daß weder die neuen Akzente in den Publikationsorganen der Komintern erfaßt noch die bereits dokumentierten nationalen Abweichungen von der postulierten Linie zufriedenstellend erklärt werden. Die traditionellen Auffassungen negieren die Veränderungen in antideutsche Richtung, die es sowohl in der Linie der Komintern als auch in der Politik der kommunistischen Parteien während des zweiten Paktjahres gegeben hat und die auch durch das Quellenmaterial bestätigt werden, das nach der Öffnung der Kominternarchive zugänglich geworden ist.

4 Ebenda, S. 240.

5 Braunthal, Julius: Geschichte der Internationale, Bd. 2, Hannover 1963.

6 A. Rossi (=Angelo Tasca): Zwei Jahre deutsch-sowjetisches Bündnis, Köln 1954.

7 Narinski, Mikhaïl: Le Komintern et le parti communiste français 1939-1941, in: Communisme, No. 32-33-34 (1993), S. 27.

## Neue Akzente in den Publikationsorganen der Komintern

Es sieht ganz so aus, als hätte Frankreichs Niederlage im Juni 1940 die Verschiebung des Schwerpunktes in die antideutsche Richtung in den Publikationsorganen der Komintern eingeleitet. Von nun an finden sich offene und direkte Angriffe auf Deutschland in ihren halb-offiziellen Zeitschriften: die in Stockholm in deutscher Sprache herausgegebene "Die Welt" und die entsprechende schwedischsprachige "Världen i Dag" (Die Welt von heute) - in der letzteren bemerkenswerterweise mit einem etwas stärkeren und früher üblichen antinazistischen Sprachgebrauch. Die harten deutschen Waffenstillstandsbedingungen - "das Diktat von Compiègne" - wurden verurteilt.<sup>8</sup> Referiert wurden Grußadressen der KPD und anderer "Bruderparteien" an die französische Partei, die sie zur Stellungnahme "gegen die imperialistische Verklavung durch Diktate der deutschen Bourgeoisie" und "die faschistischen Eindringlinge" sowie für ein "von den verräterischen Kapitalisten und der nationalsozialistischen Militärherrschaft befreites Frankreich" aufforderten.<sup>9</sup>

Und auch danach kamen diese beiden Zeitschriften im Sommer und Herbst 1940 mit Verlautbarungen heraus, die immer eindeutigere Angriffe auf die deutsche Expansions- und Okkupationspolitik, auf die faschistische Ideologie, die rassistische Politik und die Kollaboration enthielten. "Die Welt" prangerte die deutsche Okkupationspolitik als "die Umkehrung von Versailles, [...] die Übertragung der großdeutschen Zustände, der erbarmungslosen Diktatur des Finanzkapitals gegen die werktätigen Massen, auf die europäischen Verhältnisse"<sup>10</sup> an und warnte vor den "Weltherrschaftspläne(n)"<sup>11</sup> des deutschen Kapitalismus. Überdies finden sich Aussagen zum Kampf für nationale Unabhängigkeit in den okkupierten Ländern. In der Augustausgabe postulierte der schwedische KP-Vorsitzende Sven Linderot: "Eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterklasse ist es, die Freiheitsbewegungen in den besetzten Ländern zu unterstützen."<sup>12</sup>

"Die Kommunistische Internationale", das offizielle Sprachrohr, übte zwar größere Zurückhaltung im Hinblick auf die Formulierung der Aussagen und den Zeitpunkt der Veröffentlichung. Aber die Tendenz ging in dieselbe Richtung. Wiederholt wurde z.B. dargelegt, daß die deutschen Pläne für eine "Neuordnung Europas" nur dem deutschen Imperialismus dienen.<sup>13</sup> Die Naziideologie wurde als "reaktionäres Gift" charakterisiert<sup>14</sup> und die deutsche Besatzungsverwaltung angeklagt, hochentwickelte Nationen in die Rolle von Lebensmittel- und Rohstoffproduzenten für das deutsche "Herrenvolk" zu zwingen.<sup>15</sup>

Die ursprüngliche Dominanz antibritischer Aussagen wurde zunächst zugunsten einer auch gegen Deutschland gerichteten und dann allmählich klar antideutschen Polemik abgebaut. Die prinzipiellen Angriffe gegen Großbritannien wurden zwar fortgesetzt, sie scheinen jedoch immer mehr der Abgrenzung gedient und dazu beigetragen zu haben, eine Zusam-

8 Die Welt, 1940, Nr. 32, S. 911.

9 Ebenda, Nr. 28, S. 789 und 781; Nr. 27, S. 748.

10 Ebenda, Nr. 31, S. 885.

11 Ebenda, Nr. 35, S. 1017.

12 Ebenda, Nr. 36, S. 1034.

13 Die Kommunistische Internationale, 1940, Nr. 7-8, S. 439 ff.; Nr. 10, S. 681.

14 Ebenda, Nr. 10, S. 652.

15 Ebenda, Nr. 11-12, S. 785.

menarbeit der Kommunisten mit jenen politischen Kräften zu verhindern, die sich auf Großbritannien orientierten und auf diesem Wege die Unabhängigkeit wiedergewinnen wollten. In diese Richtung wirkten auch die Klassenkampfretorik und die Fortsetzung der Angriffe auf die als Agenten der Bourgeoisie bezeichneten Sozialdemokraten.

Die antideutsche Agitation verschärfte sich 1941. So wurde Deutschland zunehmend als Hauptschuldiger für die Ausweitung des "imperialistischen Krieges" auf den Balkan dargestellt. Und diese Entwicklung fand offenbar auch in Deutschland selbst Beachtung. Die seit Sommer 1940 erfolgende Verschiebung des Schwerpunktes in die antideutsche Richtung ist für einzelne Parteien längst registriert worden. Yvonne Hirdman schrieb schon vor mehr als zwanzig Jahren über "den neuen Antifaschismus"<sup>16</sup> der schwedischen KP im Vorsommer 1940, während Rudi van Doorslaer sich etwa zur gleichen Zeit mit der Formulierung vom "wiedergefundenen Gleichgewicht"<sup>17</sup> der belgischen KP im frühen Herbst - in ihrer Haltung gegenüber Großbritannien und Deutschland - begnügte.

Diese Schwerpunktverschiebung ist offenbar darauf zurückzuführen, daß im Ergebnis des schnellen deutschen Sieges im Westen der größte Teil Mittel- und Westeuropas von Hitler-Deutschland besetzt oder unter Kontrolle gebracht worden war. Daß diese Tatsache die früher dominierende antibritische Frontstellung weniger interessant machte, leuchtet ein. Die kommunistischen Parteien und die vorgeblich von ihnen repräsentierte Arbeiterklasse befanden sich unter deutscher Okkupationsherrschaft, die mit politischer Repression, wirtschaftlicher Anspannung und nationaler Unterdrückung verbunden war. Der britische Imperialismus war fern, der deutsche höchst gegenwärtig.

Ein Beispiel dafür, wie diese Lage sich auswirken mußte, hatten Österreich und der okkupierte Teil der Tschechoslowakei bereits geliefert. Daß die Kommunisten dort ihren Widerstandskampf die ganze Paktperiode hindurch fortsetzten, wie auch die Gestapo weiterhin auf sie Jagd machte und daß ihre Agitation und Propaganda überwiegend antideutsch ausgerichtet war, hat Helmut Konrad schon 1978 dargelegt.<sup>18</sup> Die antideutsche Ausrichtung war desto deutlicher, je weiter entfernt von der Moskauer Exilleitung und je näher an der Parteibasis sie artikuliert wurde. Von den Parteigruppen in Österreich herausgegebene Flugblätter waren auch in der Paktperiode fast hundertprozentig antideutsch ausgerichtet. Sie befaßten sich nicht mit ideologischen Exegesen, sondern mit konkreten Problemen ihres Alltags. Dasselbe galt für die Kommunisten im okkupierten Teil der Tschechoslowakei. Konrad kam deshalb zu dem Schluß, daß Autoren, die behaupteten, der Pakt hätte dem Widerstand der Kommunisten gegen die Deutschen in beiden Ländern ein Ende gesetzt, "gewaltig über das Ziel schießen"<sup>19</sup>.

Für diese antideutsche Aktivität mußte die offizielle Linie der Komintern mit ihrer antibritischen Frontstellung bis zum Sommer 1940 Probleme schaffen. In Telegrammen nach Mos-

16 Hirdman, Sverges Kommunistiska Parti, S. 69.

17 van Doorslaer, Rudi: De Kommunistische Partij van België en het Sovjet-Duits niet-anvalspakt, Brüssel 1975, S. 133 (Kapitelüberschrift: "Het teruggevonden evenwicht: september tot december 1940").

18 Konrad, Helmut: Widerstand an Donau und Moldau. KPÖ und KPC zur Zeit des Hitler-Stalin-Paktes, Wien/München/Zürich 1978, S. 81-87.

19 Ebenda, S. 235. Radomir Luza (Der Widerstand in Österreich 1938-1945, Wien 1985, S. 130) weist darauf hin, daß die Zahl der von der Gestapo beschlagnahmten kommunistischen "Hetzschriften" in der Zeit von Januar bis August 1940 ihren niedrigsten Stand erreichte, bestätigt aber Konrads Feststellung.

kau ersuchten die in Prag verbliebenen Parteifunktionäre z.B. am 4. März und am 15. April 1940 die Komintern, die Weltöffentlichkeit über den Gestapoterror - "Macht die Welt mit diesem Terror bekannt!" - und den Widerstand - "Popularisiert unseren Befreiungskampf!" - zu informieren.<sup>20</sup> Doch in den Publikationsorganen der Komintern fand das zu dieser Zeit so gut wie keine Berücksichtigung.

Wie in Österreich und im okkupierten Teil der Tschechoslowakei mußte die unmittelbare Präsenz des deutschen Imperialismus, ja des Nationalsozialismus, als Besatzungsmacht, mit allem was das bedeutete, die kommunistischen Parteien früher oder später auch in den im Frühjahr und Sommer 1940 besetzten Ländern zu einer stärker antideutschen Haltung bringen. Aber war das der einzige Grund für die deutlichen neuen Akzente in den Publikationsorganen der Komintern, eine Art widerwillig eingeräumte Konzession an die einzelnen Parteien oder gar ein politischer Alleingang der Redaktionen, ohne Billigung und Zustimmung der Kominternführung? In deren Interesse konnte ein unter nazistischer Herrschaft oder Kontrolle neugeordnetes Europa selbstverständlich auch nicht liegen. Wichtiger noch war, daß das auch nicht im Interesse der Sowjetunion sein konnte, insbesondere dann nicht, wenn die vergrößerte militärische Kraft bedacht wird, die Deutschland nunmehr repräsentierte. Darauf hat eine Reihe von Historikern längst in anderen Zusammenhängen hingewiesen.<sup>21</sup>

Deshalb können die seit Sommer 1940 gegen Deutschland gerichteten Veränderungen in der Politik der kommunistischen Parteien nicht als notgedrungene Konzessionen der Kominternführung oder als Alleingang der nationalen Parteiführungen angesehen werden. Sie wurden von der Kominternführung auch mitinitiiert und mußten von ihr teilweise sogar durchgesetzt werden! Wie die Beispiele Norwegen und Frankreich zeigen.

## Norwegen - "das Experimentierfeld der nazistisch-kommunistischen Einheitsfront"?

Das schon einmal angeführte Zitat bietet sich als Ausgangspunkt für eine erforderliche Klärung im Hinblick auf die Darstellung an, die Borkenau von der Tätigkeit der NKP nach der deutschen Invasion vom 9. April 1940 gegeben hat. Erforderlich ist diese Klärung zum einen, weil Borkenau selber die NKP als Beispiel für die Generallinie der Komintern angeführt hat, und zum anderen, weil andere Historiker und Historiographen das Beispiel NKP in Borkenaus Version bis auf den heutigen Tag ebenso anführten. Das gilt z.B. für den Schweizer Werner Rings<sup>22</sup> und den niederländischen Historiker W.F.S. Pelt<sup>23</sup>.

Borkenaus phantasiereiche Darstellung des Falles Norwegen beginnt folgendermaßen: "Bekanntlich besetzten die Deutschen Oslo am ersten Tag des Feldzugs. Die Redakteure und Sekretäre der [sozialdemokratischen - T.H.] Arbeiterpartei hatten sich durch Flucht vor dem

20 Die Telegramme sind abgedruckt in: *Príspeky k dějinám KSČ*, Nr. 3 (1967), S. 375-433.

21 Hier sollen beispielsweise nur Ulam, Alan: *Expansion and Co-existence. Soviet Foreign Policy 1917-1973*, New York 1973, S. 297 ff., und Mastny, Vojtech: *Russia's Road to the Cold War. Diplomacy, Warfare, and the Politics of Communism, 1941-1945*, New York 1979, S. 28 f. genannt sein.

22 Rings, Werner: *Leben mit dem Feind. Anpassung und Widerstand in Hitlers Europa 1939-1945*, München 1979, S. 225.

23 Siehe Anm. 2.

sicheren Tode gerettet. Die Kommunisten hatten offenkundig im voraus Instruktionen über die kommende Invasion und über ihr Verhalten im entscheidenden Augenblick bekommen, denn sie blieben und setzten sich augenblicklich mit dem deutschen Oberkommando in Verbindung. Ihr Parteibüro blieb unbelästigt, ihr Osloer Parteiblatt *Arbeideren* unterbrach seine Veröffentlichung nicht.<sup>24</sup> Und dann geht es weiter mit Behauptungen, nach denen die NKP zusammen mit oppositionellen Sozialdemokraten von der Besatzungsmacht die Kontrolle über die sozialdemokratischen Zeitungen und die Übertragung der Leitung des Gewerkschaftsverbandes forderte und innerhalb kurzer Zeit auch erhielt.<sup>25</sup>

Davon ist - kurz gesagt - kein Wort wahr! Die NKP war nicht vorgewarnt, und sie nahm auch keinerlei Kontakt mit dem deutschen Oberkommando auf; alle Parteien existierten weiter und konnten ihre Zeitungen herausbringen - nicht nur die NKP; die Kontrolle der sozialdemokratischen Blätter lag deshalb weiterhin bei der Arbeiterpartei, und das galt auch für den traditionell von ihr kontrollierten Gewerkschaftsbund. Die deutsche Okkupationsmacht trat bis zum Herbst 1940 äußerst zurückhaltend auf und suchte durchaus erfolgreich die praktische Zusammenarbeit mit wirklich wichtigen Einrichtungen und Organisationen der norwegischen Gesellschaft (und dazu gehörte die NKP eben nicht). In dieser Periode gab es deshalb niemanden, der sich aus politischen Gründen durch die Flucht nach Schweden "vor dem sicheren Tode" hätte retten müssen. Systematisch hat Borkenau ein Zerrbild von kommunistischer Kollaboration und deutscher Vorzugsbehandlung für die NKP gezeichnet. Danach sind noch andere Fehler hinzugefügt worden. So z.B. von Pelt, der gleichfalls ohne irgendeinen Bezug zur Realität behauptet, daß Kommunisten als Reservepolizisten auftraten, um den Deutschen zu helfen, Ruhe und Ordnung zu halten!<sup>26</sup>

Wie stand es wirklich um die norwegischen Kommunisten? Die NKP betrieb eine scheinbar linientreue Politik, und zwar bis zum deutschen Überfall vom 9. April und auch danach. Sie trat nicht für militärischen Widerstand ein, sondern für Frieden. Sie wandte sich gegen alle, die sich wie die sozialdemokratische Regierung mit Großbritannien alliierten. In den besetzten Gebieten bemühte sie sich um eine schnellstmögliche Normalisierung des gesellschaftlichen Lebens. Obwohl ihr wichtigstes Publikationsorgan, nachdem es mit einer antifaschistischen Titelseite herausgekommen war, Ende April als erste Zeitung Oslos beschlagnahmt wurde, verfolgte sie einen Kurs, der darauf hinauslief, daß man sich mit der Okkupation als einer unbehaglichen, wenn auch - wie es hieß - mittelfristigen Tatsache abfinden sollte. Als Bedingung dafür setzte sie voraus, daß die Besatzungsmacht ihrerseits ihr Versprechen hielt, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Norwegens einzumischen. Mit dieser Voraussetzung, oder besser Illusion, sollte die Arbeiterklasse darangehen, ihre Positionen zu festigen und sich schließlich die Kontrolle über die Regierungsmacht zu verschaffen.

Das war ein Kurs der prinzipiellen Anpassung, der sich von dem von anderen Teilen der norwegischen Gesellschaft vornehmlich befolgten Kurs einer pragmatischeren Anpassung an die neuen Verhältnisse unterschied. Und der Kurs der NKP war zweifellos ein Resultat des Hitler-Stalin-Paktes und ihrer Interpretation der Generallinie der Komintern. Die Stellungnahmen der Partei erst gegen den militärischen Widerstand und dann gegen die Etablierung der Exilregierung in London entsprachen ebenso zweifellos dem Interesse der Besatzungs-

24 Borkenau, *Der europäische Kommunismus*, S. 237.

25 Ebenda, S. 237 ff.

26 Pelt, *Vrede door Revolutie*, S. 160.



macht. Mit ihrer Klassenkampfrhetorik und der Orientierung auf soziale und ökonomische Forderungen war sie jedoch auch für diese ein potentieller Störfaktor.

## Die Komintern - Instrukteur des antideutschen Kurses. I: Das Beispiel Norwegen

A priori wirkt es überraschend, aber die Quellen bestätigen nicht, daß die Komintern mit dem Anpassungskurs der NKP gegenüber der Besatzungsmacht ohne Abstrich zufrieden war. Ende Mai kritisierte Wilhelm Florin, als Mitglied des Sekretariats des EKKI für Skandinavien zuständig, die von der Partei gerade beschlossenen politischen Richtlinien, weil sie in mehreren Punkten objektiv vorteilhaft für die Deutschen waren: "Manches kommt den deutschen Behörden sogar passend."<sup>27</sup> Und er kündigte der NKP eine Verwarnung durch die schwedische Partei an.

Die neuen Herausforderungen, die die deutsche Okkupation nach Auffassung der Komintern an die NKP stellte, wurden allerdings erst am 28. Juni 1940 als "Ratschläge", realiter Direktiven, vom EKKI-Sekretariat beschlossen.<sup>28</sup> Darin wurde zwar nach wie vor die Frontstellung gegen den britischen Imperialismus und die norwegische Bourgeoisie, Klassenpolitik und Friedensschluß gefordert. Aber neue Elemente kamen hinzu. Das galt in erster Linie für den Aufruf zum Kampf gegen Quisling und dessen faschistische Partei, die Nasjonal Samling (NS). Doch diesen Kampf hatte die NKP sowohl vor als auch nach dem 9. April geführt, in der sicheren Gewißheit, die Komintern in dieser Frage hinter sich zu haben. Bemerkenswerter war, daß die Komintern nun auch eine eindeutige Frontstellung gegen die deutsche Besatzungsmacht forderte. Über die auf Anpassung orientierten Richtlinien, die die NKP im Mai beschlossen hatte, hieß es, sie könnten "vor allem den deutschen Okkupationsbehörden nützen". Die Partei wurde gebeten, in dieser Frage eine klarere Position einzunehmen, und ganz in diesem Sinne beauftragt, weder dem britischen noch dem deutschen Imperialismus politische Konzessionen zu machen. Auf die deutschen Soldaten in Norwegen sollte - ebenfalls in diesem Sinne - eingewirkt werden, damit sie begriffen, "daß aus der Unterdrückung anderer Völker durch den deutschen Imperialismus keine Verbesserung der Lage für die deutschen Werktätigen entspringt, [...] daß kein Volk frei sein kann, welches andere Völker unterdrückt und daß sich die Arbeiter und Bauern unter den deutschen Soldaten mit den Arbeitern und Bauern Norwegens im brüderlichen gemeinsamen Kampf finden müssen". Ausdrücklich gegen den Nationalsozialismus gerichtet, hieß es in den "Ratschlägen" weiter: "In Anbetracht dessen, daß die deutschen Okkupationsbehörden und ihre Agenten durch demagogische Mittel und Methoden versuchen, nationalsozialistische Einflüsse unter den Arbeitern zu verbreiten, ist es besonders notwendig, gegen diese Demagogie geschickt zu reagieren und das wahre Gesicht des Nationalsozialismus zu entlarven. Gleichzeitig ist es erforderlich, gegen jegliche antisemitische Hetze aufzutreten." Die antideutschen und antinazistischen Aussagen der "Ratschläge" waren von vornherein mit positiven Wertungen der nationalen Unabhängigkeit verbunden. Die Arbeiterklasse, die im Gegensatz zur Bourgeoisie keine gemeinsamen

27 Russisches Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte (RZAEDNG), (Fond)495-(Op.)74-(Delo)389, Florin an Dimitrow, o.D.

28 Ebenda, 495-18-1322, Einige Ratschläge an die K.P. Norwegens, 26.6.1940.

Interessen mit einer der imperialistischen Mächte verband, "ist berufen, die Führung im Kampf für die nationale Unabhängigkeit des Volkes zu übernehmen".

In diesen "Ratschlägen" finden wir mehrere Elemente des neuen, stärker antideutsch geprägten Profils, das die Komintern und die kommunistischen Parteien nunmehr hervorzukehren begannen. Das gilt für die *Abgrenzung* gegenüber der Besatzungsmacht und allem, was ihr von Nutzen sein konnte, für die *Agitation* unter den deutschen Soldaten u.a. gegen die Expansions- und Okkupationspolitik, für den *ideologischen Kampf* gegen den Nationalsozialismus, der wieder zu einem Bestandteil des Kominternvokabulars wird, und für den *Kampf um nationale Unabhängigkeit*, dessen Führung die Kommunisten übernehmen sollten. Im Hinblick darauf war die Orientierung zwar noch recht diffus, ja zweideutig: dieser Kampf sei zwar wichtig, aber er sollte sich nicht auf Großbritannien und dessen Kriegführung stützen. Nichtsdestoweniger war auch das ein neuer Akzent, der da aus Moskau zu vernehmen war. Und alle diese neuen Akzente finden wir, stärker oder schwächer ausgeprägt, in den folgenden Monaten sowohl in den Publikationsorganen der Komintern als auch in Beschlüssen und im Verhalten der einzelnen kommunistischen Parteien wieder.

Die *Abgrenzung* war von Moskau aus gesehen offenbar wichtig, damit sich die kommunistischen Parteien nicht kompromittierten. Doch ging es auch darum, deren Zusammenarbeit mit anderen Mächten als der Sowjetunion - sei es nun Großbritannien oder Deutschland - zu verhindern. Gerade in diesem Punkt sollte die weitere Politik der NKP der Komintern noch Kopfschmerzen bereiten.

Dem "Ratschlag", *Agitation* unter den deutschen Soldaten zu treiben, folgte die NKP u.a. deshalb nicht, weil sie befürchtete, damit die legale Existenz der Partei zu gefährden. Nichtsdestoweniger wurde sie als erste norwegische Partei und ihre Presse am 16. August 1940 von der Besatzungsmacht verboten. Diese Maßnahme resultierte im wesentlichen aus der beginnenden Planung des Unternehmens "Barbarossa" und der Rolle, die Norwegen als einem Nachbarland der Sowjetunion dabei zufallen sollte. Im Hauptorgan der schwedischen kommunistischen Partei wurde sie als ein "großer nazistischer Angriff auf die norwegische Arbeiterbewegung"<sup>29</sup> verurteilt, und "Världen i Dag" stellte fest, daß "das arbeitende Volk Norwegens nicht gesonnen ist, vor der offenen Reaktion und dem Terror zu kapitulieren"<sup>30</sup>. Wie zuvor zeitlich verzögert und vorsichtiger in der Formulierung folgte auch "Die Welt" mit entsprechenden Aussagen. So charakterisierte sie die deutsche "Neuordnung" vom 25. September 1940, als auch die anderen Parteien mit Ausnahme der NS verboten und die NS zur staatstragenden Kraft erklärt wurde, als Ausdruck von Bestrebungen, Norwegen in "ein völlig abhängiges Land" zu verwandeln - das hätte "Entrüstung und Erbitterung" hervorzurufen.<sup>31</sup>

Die NKP konnte sich nach ihrem Verbot in den Gewerkschaften verschanzen. Hier erlebten die Kommunisten Ende September 1940, wie die Besatzungsmacht dem Gewerkschaftsbund im Gefolge der politischen "Neuordnung" den Führer der Bauarbeitergewerkschaft Jens Tangen, der offiziell an der Spitze der Gewerkschaftsopposition stand, als Vorsitzenden aufzuzwang. Tangen war zwar kein Mitglied der NKP, sympathisierte aber mit der Partei und machte ihren führenden Gewerkschaftspolitiker Martin Brendberg zu seinem Sekretär. Die

<sup>29</sup> Ny Dag, 20. August 1940.

<sup>30</sup> Världen i Dag, 1940, Nr. 32, S. 14.

<sup>31</sup> Die Welt, 1940, Nr. 41, S. 1209 und 1195.

NKP gewann damit einen gewissen Einfluß auf den neuen Gewerkschaftsvorsitzenden. Das geschah paradoxerweise nur wenige Wochen, nachdem die deutschen Behörden versucht hatten, die Kommunisten aus allen Gewerkschaftsfunktionen hinauszudrängen. Nun zogen sie es vor, die angeblich zumeist auf England orientierten und parteiloyalen Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung auszuwechseln. Allerdings behielten die Mitglieder der Arbeiterpartei die Mehrheit im Sekretariat, dem geschäftsführenden Vorstand. Und mit ihnen machten die Kommunisten allmählich gemeinsame Sache, indem sie die Gewerkschaftsbewegung im Laufe des Herbstes 1940 auf einen - wie man es nennen kann - Kurs der Legalität festlegten. Der Gewerkschaftsbund sollte, solange es ging und soweit es unter den obwaltenden Umständen möglich war, als legale und selbständige Interessenvertretung der Arbeiterklasse erhalten bleiben. Dabei hoffte man, sowohl die deutsche Einflußnahme begrenzen als auch, und zwar nicht zuletzt, Quislings NS außen vor halten zu können.

Als Partei hielt sich die NKP nach dem Verbot bedeckt. Ansätze für den Aufbau einer illegalen Organisation wurden zwar gemacht, aber die nach außen gerichtete Aktivität blieb gering. Die Ausnahme bildete Bergen, eine der traditionellen Hochburgen der Partei, wo die Deutschen dann auch im November 1940 eine Massenverhaftung von Kommunisten durchführten. Es gab einige Versuche zur Herausgabe illegaler Zeitungen - mit kurzer Erscheinungsdauer und geringer Verbreitung. Das einzige erhalten gebliebene Exemplar, die "Kjennsgjerninger" (Tatsachen) vom 22. Januar 1941, bestätigt sowohl die Unterstützung für den Kurs der Legalität des Gewerkschaftsbundes als auch die Vorrangigkeit des Kampfes gegen Quisling und die NS. In diesem Zusammenhang kam allerdings auch eine klar anti-deutsche Stoßrichtung zum Ausdruck, z.B. im Zusammenhang mit der Verurteilung der Rekrutierung des norwegischen Freiwilligenkorps Regiment Nordland durch die Besatzungsmacht: "Die norwegische Arbeiterklasse wird dafür sorgen, daß die Verräter für ihr ganzes Leben Gebrauch von der deutschen Staatsbürgerschaft machen müssen, die sie sich in Deutschlands Fremdenlegion verdienen."

Verbindungen zur Komintern gab es im Herbst 1940 nicht. Der Kurs, den die NKP innerhalb des Gewerkschaftsbundes verfolgte, war ohne Kontakt zur Komintern oder zu Bruderparteien entwickelt worden. Und diese waren von Anfang an wenig erbaut von den Veränderungen in der Führung des Gewerkschaftsbundes, die sie als eine "Gleichschaltung" der Organisation durch die Besatzungsmacht auffaßten. Sowohl das schwedische Parteiorgan "Ny Dag" als auch "Världen i Dag" griffen die neue Gewerkschaftsführung im Oktober als Werkzeug in deren Händen an.<sup>32</sup> Ebenso distanzierte sich "Die Welt" von "der neuen gleichgeschalteten Leitung des Gewerkschaftsbundes und ihrer Zusammenarbeit mit dem neuen Regime"<sup>33</sup>. Zu diesem Zeitpunkt war sie zweifellos ohne Kenntnis über Standpunkt und Einfluß der NKP. Erst um den Jahreswechsel erhielt die Führung der schwedischen Partei Kontakt zur NKP und genügend Informationen für einen Rapport nach Moskau. Darin unterstützte Linderot, wenn auch vorsichtig, den Kurs der norwegischen Bruderpartei: "Wir sind der Meinung, daß diese Politik in der Hauptsache richtig ist. Sie zielt darauf ab, die gewerkschaftlichen Organisationen als Klassenorganisationen während der Okkupation zu bewahren."<sup>34</sup>

32 Ny Dag, 7. Oktober 1940; Världen i Dag, 1940, Nr. 43, S. 14.

33 Die Welt, 1940, Nr. 46, S. 1370.

34 RZAEDNG, 495-15-165; nicht datierter Bericht Linderots, den Florin am 28.1.1941 erhalten hat.

"Die Welt" und "Världen i Dag" setzten indessen ihre Verurteilungen fort und befanden sich damit auf einer Wellenlänge mit ihren Moskauer Auftraggebern. Wie Florin wenig später berichtete<sup>35</sup>, hatte er in der Sitzung des EKKI-Sekretariats im Dezember 1940 auf die, wie er es nannte, "kapitulantenhafte politische Haltung um Tangen" hingewiesen. Seiner Auffassung nach war auch die Stellung Brendbergs als Tangens Sekretär "zweifelhaft" geworden und Grund genug für dessen nähere Überprüfung durch die Kaderabteilung der Komintern. Er hatte die NKP vor weiterer Unterstützung des Kurses der Gewerkschaftsführung warnen, jedoch erst noch den genannten Bericht aus Schweden abwarten wollen.

Obwohl dieser Bericht ihn etwas beruhigte, war er bei seiner Auffassung geblieben, daß der von der Gewerkschaftsführung verfolgte Kurs der Anpassung den Deutschen zu weit entgegenkam und deshalb von der NKP nicht unterstützt werden durfte. "Wir waren jedoch der Meinung, daß die Haltung unserer Partei [...] nicht ganz richtig ist." Deshalb hatten neue Direktiven vom Februar 1941<sup>36</sup> der NKP einen gewissen Kurswechsel angeraten: "Gegenüber der Haltung und den Maßnahmen von Tangen [...] soll die Partei sich distanzieren, sie kritisieren und, falls Tangen den Weg der Kapitulation beschreitet, einen offenen Kampf gegen ihn aufnehmen." Nach Zeitungsberichten über die Reise einer norwegischen Gewerkschaftsdelegation nach Deutschland im Februar 1941 hatte Florin dann abermals reagiert. Mit dieser Reise, die in der Tat zu den politischen Konzessionen der Gewerkschaftsführung an die Okkupationsmacht gehörte, hatte sie sich, wie Florin feststellte, von der deutschen Propaganda mißbrauchen lassen, und das bestätigte, "wie richtig es war, unsere Partei vor der Haltung Tangens zu warnen".<sup>37</sup>

Während "Die Welt" Tangen Ende März/Anfang April 1941 mit Laval, de Man und anderen Kollaborateuren in einen Topf warf<sup>38</sup>, unternahm Florin in "Die Kommunistische Internationale" einen Generalangriff auf die norwegische Gewerkschaftsführung, die sich u.a. "von der faschistischen Quislingpartei mißbrauchen und ausnutzen" ließ, ohne Protest mit dem Streikverbot ab- und zur Entsendung von "'Studiengesellschaften' nach Deutschland zum Studium der 'Deutschen Arbeitsfront'" bereitgefunden hatte.<sup>39</sup> Hatte er vorher noch intern ein gewisses Verständnis für den Kurs der NKP geäußert<sup>40</sup>, obwohl ihm die Anpassung zu weit ging, so bestärkte ihn die Propaganda der deutschen und der NS-Presse nach der Deutschlandreise der Gewerkschaftsdelegation offensichtlich in seiner negativen Haltung gegenüber der "Realpolitik" der Partei. In dem angeführten Artikel wies er indessen - ganz korrekt - darauf hin, daß die Gewerkschaftsführung "vorwiegend aus ehemaligen Funktionären der

35 Ebenda, 495-74-390. Florin an Dimitrow, 4.3.1941.

36 Die Direktiven selbst liegen nicht vor, nur die - ebenfalls im Februar 1941 zusammengestellten "Vorschläge, auf deren Grundlage kurze Direktiven des Sekretariats gefaßt wurden" (Ebenda, 495-15-161). Hier werden die Direktiven nach dem Referat in Florins Bericht an Dimitrow vom 4.3.1941 wiedergegeben.

37 Siehe Anm. 35.

38 Die Welt, 1941, Nr. 12, S. 355.

39 Florin, Wilhelm: Über die Gewerkschaftsbewegung in der kapitalistischen Welt, in: Die Kommunistische Internationale, 1941, Nr. 5, S. 411.

40 In dem Brief an Dimitrow vom 4.3.1941 rechtfertigte er die Motive der norwegischen Kommunisten, wobei er darauf hinwies, "daß sie den Okkupanten gegenüber nicht zur Wahrheit verpflichtet sind".

norwegischen Sozialdemokratie" bestand. Kein Wort verlor er dagegen über die Unterstützung der gescholtenen Gewerkschaftsführung durch die NKP.

Florins Hauptsorge resultierte offenbar aus der Befürchtung, daß die von der NKP verfolgte Politik letztlich dazu beitragen könnte, die Gewerkschaft in eine nationalsozialistische Organisation zu verwandeln. In den Direktiven vom Februar 1941 war die Partei deshalb beauftragt worden, dafür zu arbeiten, daß die Gewerkschaften "Kampforgane der Arbeiterschaft" blieben und nicht "in eine Organisation nach dem Muster der deutschen Arbeitsfront umgewandelt" wurden.<sup>41</sup> Dies war auch das erklärte Ziel der NKP und der Gewerkschaftsführung, die Meinungsunterschiede betrafen nur das Ausmaß der Konzessionen, die gemacht werden mußten, um dieses Ziel zu erreichen.

Die Direktiven der Komintern verpflichteten die NKP, "die norwegische Arbeiterklasse dazu anzuleiten, ihre führende Rolle im nationalen Befreiungskampf zu verwirklichen"<sup>42</sup>. Sie forderten zwar nach wie vor Abgrenzung sowohl von der "Politik des englischen Imperialismus" als auch von denen, die "den Weg der Kapitulation" eingeschlagen hatten. Ihre Hauptaufgabe - zu verhindern, daß das NS-Regime eine Massenbasis erhielt - sollte die Partei jedoch in Zusammenarbeit "mit allen anderen Kräften der Opposition" lösen, also auch mit den auf Großbritannien orientierten Kräften. Gerade dafür war die NKP innerhalb des Gewerkschaftsbundes eingetreten und hatte diese Zusammenarbeit z.T. schon in die Praxis umgesetzt.

Doch wie stand es um den politischen Kampf außerhalb der Gewerkschaften? Damit war die Komintern offenbar unzufrieden. In den Vorschlägen für die Februar-Direktive wurde die Herausgabe einer illegalen Zeitung als vorrangige Aufgabe bezeichnet und der Partei bedeutet, daß die Verhältnisse nach Auffassung der Komintern für eine Steigerung der Aktivitäten sprachen: "Da sämtliche verbotene Parteien eine illegale Tätigkeit entwickeln und die überwiegende Mehrheit des Volkes gegen die Okkupanten und ihre Helfershelfer im Kampf steht, wird die Schaffung illegaler oder halblegaler Kampforgane der Massen begünstigt."

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die neuen Signale, die die NKP seit Sommer 1940 von der Komintern erhielt, die Partei vor allem auf die Abgrenzung von der Besatzungsmacht und deren Politik, auf die Entfaltung des nationalen und antideutschen Kampfes und auf die Verhinderung der politischen "Neuordnung" insbesondere innerhalb der Gewerkschaften hinwies. Die antibritischen Aussagen gab es zwar noch, sie dienten nunmehr aber vor allem der Abgrenzung von den auf Großbritannien orientierten Kräften des Widerstands und wurden im Februar 1941 modifiziert. In erster Linie richteten sich die Direktiven gegen die NS und die deutsche Besatzungsmacht. Auch der ebenfalls noch vorhandene soziale, klassenkämpferische Ansatz begründete in wachsendem Maße die Abgrenzung sowie den Widerstand gegen NS und Okkupationsmacht.

Dem Kurs der Anpassung, den die NKP innerhalb des Gewerkschaftsbundes seit Herbst 1940 steuerte, lagen selbstverständlich auch parteiinterne Überlegungen zugrunde, nach denen er sich mit der Generallinie der Komintern vereinbaren ließ. Aber er beruhte auf einer eigenen Entscheidung der Partei, an der Direktiven der Komintern keinen Anteil hatten. Die Komintern stand diesem Kurs nicht nur skeptisch gegenüber, sie warnte und widersprach

---

41 Ebenda (siehe Anm. 38).

42 RZAEDNG, 495-15-161; Vorschläge, auf deren Grundlage Direktiven des Sekretariats gefaßt wurden.

auch direkt, da sie stärker, als es die NKP-Führer und auch die Mehrheit der Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung taten, Front gegenüber der Besatzungsmacht machen wollten.

Sowohl die politische Entwicklung in Norwegen als auch die wachsende Opposition - hauptsächlich im sozialdemokratischen Lager - innerhalb der Gewerkschaften trieben deren Führung im Laufe des Frühjahrs 1941 auf einen Konfrontationskurs gegenüber der Besatzungsmacht. Bereits im April und dann im Mai beteiligte sie sich zusammen mit einer Reihe anderer Organisationen an Protestaktionen gegen die Okkupationspolitik, auf die Reichskommissar Terboven reagierte, indem er die Organisationen entweder für aufgelöst erklärte oder einen nazistischen Kommissar an ihre Spitze stellte. Letzteres erfolgte beim Gewerkschaftsbund und den Verbänden im September 1941.

## Die Komintern - Instrukteur des antideutschen Kurses. II: Das Beispiel Frankreich

Die erzwungenermaßen und widerstrebend, aber nichtsdestoweniger loyal vollzogene Wende der PCF zur paktkonformen Linie der Komintern im September 1939, die die Partei in die Illegalität und in die Krise führte, wird hier als bekannt vorausgesetzt und nicht weiter behandelt. Hier ist lediglich daran zu erinnern, daß auch die PCF loyal der These vom "imperialistischen Krieg" folgte. Erst nach dem deutschen Angriff auf Frankreich, unmittelbar vor der Einnahme der Hauptstadt durch die Wehrmacht im Juni 1940, setzte sie mit der Forderung nach Volksbewaffnung und Wiederbelebung des Geistes von 1871 neue und stärker nationale Akzente in ihrer Agitation. Nichtkommunistische Historiker haben dies entweder als Ausdruck momentaner Stimmung oder taktisch motivierte Sprachregelung ohne Bedeutung oder gar als Versuch einer revolutionären Machtübernahme gedeutet.

In der Tat blieb die Partei auch weiterhin bei der Forderung nach Frieden, doch nutzte sie die Situation, um ihre politischen Gegenspieler und Unterdrücker sowie die Bourgeoisie schlechthin des Verrats zu bezichtigen und für die nationale Katastrophe - die Niederlage und den Waffenstillstand - verantwortlich zu machen. Angegriffen wurden besonders Marschall Pétain und die in Vichy etablierte Regierung. Es scheint so, als ob die Partei versuchte, in ihrer Agitation zwei Pferde gleichzeitig zu reiten.

Das meiste Aufsehen haben die bekannten, um nicht zu sagen berüchtigten, Verhandlungen erregt, die Vertreter der PCF in den ersten Wochen nach dem Fall von Paris mit den deutschen Besatzungsbehörden aufnahmen, um eine Legalisierung der Partei und insbesondere ihrer Presse zu erreichen. Nach traditioneller Auffassung waren sie eine logische Folgerung aus der Linie der Komintern, und es ist behauptet worden, daß sowohl die Parteiführung als auch die Komintern selbst hinter diesen Verhandlungen standen.<sup>43</sup> Noch 1993 glaubte z. B. der amerikanische Historiker David Wingeate Pike, für deren Zustandekommen feststellen zu können: "Only one interpretation is possible: the order came from the Comintern." Ja, er wollte sogar als gegeben annehmen, daß es für Stalin eine "satisfaction" gewesen wäre, wenn

---

43 Vgl. z.B. Courtois, Stéphane: Un été 1940. Les négociations entre le PCF et l'occupant allemand à la lumière des archives de l'Internationale communiste, in: Communisme, No. 32-33-34(1993), S. 133-135.

die Verhandlungen zum Erfolg geführt hätten.<sup>44</sup> Während die PCF selbst die Verhandlungen später auf lokale Initiativen in Paris zurückzuführen versuchte, konnte der französische Historiker Stéphane Courtois dokumentieren, daß Jacques Duclos, der geheime Führer der Partei, orientiert und teilweise beteiligt gewesen ist.<sup>45</sup>

Soweit es um die Komintern geht, ist jedoch festzuhalten, daß die am 22. Juni 1940 vom EKKI-Sekretariat beschlossenen Direktiven offenbar ohne Kenntnis der in Paris gerade erst angelaufenen Verhandlungen formuliert worden waren und deshalb keine Stellungnahme dazu enthalten konnten. Sie wurden denn auch mit der traditionellen Aufgabenstellung der Entlarvung der verantwortlichen, bankrotten französischen Politiker eingeleitet. Im Zusammenhang damit sollte die PCF deutlich machen, daß nur die Arbeiterklasse mit der kommunistischen Partei an der Spitze die Lebensinteressen der Nation verteidigen und den "Kampf gegen das fremdländische Joch für ein unabhängiges und wahrhaft freies Frankreich" (*lutte contre le joug étranger pour une France indépendante et réellement libre*) führen könnte. Vor allem diese letzten Worte signalisierten die neue antideutsche Stoßrichtung, von der die Direktiven insgesamt geprägt waren. Danach waren jegliche Übereinstimmung mit der Okkupationsmacht und alles, was ihr gegenüber als Wohlwollen oder Zustimmung ausgelegt werden konnte, zu vermeiden und der Massenwiderstand gegen Gewalt- und Willkürakte der Okkupanten zu organisieren. Zu beginnen war die Agitation unter den deutschen Soldaten, die befreien sollten, "daß die Unterdrückung des französischen Volkes im krassen Widerspruch zu den wahren Interessen des deutschen Volkes" stand usw.<sup>46</sup>

Die Orientierung, die die Komintern der PCF damit gab, erinnert in vielem an die sechs Tage später beschlossenen Direktiven für die NKP. Und ungeachtet aller Unzulänglichkeit und inneren Widersprüchlichkeit - nach wie vor sollten in erster Linie die einheimischen Veräter und nicht die Okkupanten selbst bekämpft werden - sind diese PCF-Direktiven der Komintern für Courtois die ersten seit September 1939, die zum Widerstand gegen den Aggressor aufrufen.<sup>47</sup>

Moskaus Verbindungen nach Paris via Brüssel waren durch die Kriegsereignisse beeinträchtigt worden, so daß es Zeit brauchte, bis die Direktiven ihre Adressaten erreichten. Das galt umgekehrt auch für die Berichte der PCF über die mit den deutschen Behörden begonnenen Verhandlungen, die erst Mitte Juli in Moskau eintrafen und dort alle Alarmglocken zum Schrillen brachten - nicht zuletzt bei Generalsekretär Maurice Thorez, der dort seit Herbst 1939 im Exil war. Unverzüglich wurden neue und schärfere Direktiven ausgearbeitet und am 19. Juli beschlossen.<sup>48</sup> Die Pariser PCF-Führung erhielt den Bescheid, daß die Verhandlungen mit den deutschen Okkupanten politisch falsch und sofort abzubrechen seien. Zwar sollten weiterhin hauptsächlich Pétain und Laval angegriffen werden, jedoch würden, wie der stellvertretende Generalsekretär der Komintern, Manuilski, präzisierte, "dadurch deren deutsche Protektoren (*leur patrons allemands*) getroffen".<sup>49</sup> Die Partei sollte sich gegenüber der

---

44 Pike, David Wingeate: *Between the Junes: The French Communists from the Collapse of France to the Invasion of Russia*, in: *Journal of Contemporary History*, Vol. 28 (1993), S. 469.

45 Courtois, *Un été*, S. 88f.

46 Die Direktiven sind als Anlage zu Narinski (Anm. 7), S. 33f., veröffentlicht worden.

47 Courtois, *Un été*, S. 96.

48 Anlage zu Narinski (Anm. 8), S. 35f.

49 Ebenda, S. 22.

Okkupationsmacht äußerlich loyal verhalten, aber zugleich den Unmut schüren und jegliche Unzufriedenheit nutzen, um "den passiven Widerstand der breiten Massen und in allen Formen gegen die Eindringlinge zu erwecken"<sup>50</sup>.

Gleichzeitig wurden die französischen Kommunisten angewiesen, die Angriffe auf de Gaulle und Großbritannien zu unterlassen, "um nicht die Politik Pétains und seiner Protektoren zu begünstigen"<sup>51</sup>, und ihre Losung von der Wiederingangsetzung der Produktion zu ändern - die sollte nicht für jene Branchen gelten, deren Erzeugnisse der Okkupationsmacht militärisch von Nutzen sein konnten. Die Partei sollte zudem eine Kampagne gegen die Ausnutzung des Territoriums und der Ressourcen Frankreichs für die weitere Kriegführung organisieren. Mit anderen Worten: auch dem Kampf gegen Vichy und Pétain, gegen die sogenannten "Verräter", wurde eine eindeutig antideutsche Motivation verliehen. Überhaupt trat die antideutsche Stoßrichtung in den Direktiven deutlich hervor, auch wenn sie vorerst noch auf einen "passiven Widerstand" abzielte. Angriffe auf Großbritannien galten in der aktuellen Situation als unerwünscht. Klarer als je zuvor kann hier die beginnende Verschiebung des Schwerpunkts der Politik der Komintern in die antideutsche Richtung abgelesen werden.

Indessen gingen in Paris die Sondierungsgespräche mit den Deutschen über eine legale Zeitung weiter - Moskau hatte ja auch betont, daß alle legalen Möglichkeiten genutzt werden sollten. Ähnliche Verhandlungen hatte im Juni auch die belgische Partei für ihr Hauptorgan geführt - sie waren gescheitert<sup>52</sup>, und die niederländische hatte ihr Hauptorgan sogar einige Tage legal herausgegeben - bis die Okkupationsmacht ein neuerliches Verbot erließ, das an die Stelle des von den Landesbehörden bereits früher ausgesprochenen Verbots trat.<sup>53</sup>

Die Fortsetzung der Sondierungen mit der Okkupationsmacht in Paris beunruhigte die Komintern-Führung in Moskau offenbar derartig, daß sie härtere Maßnahmen ergriff. Sie informierte die sowjetische Staatsführung und übermittelte der französischen Partei am 5. August eine neue, scharfe Direktive, die kategorisch die Einstellung der Verhandlungen mit den Deutschen und größte Wachsamkeit gegenüber den "Manövern der Okkupationsmacht" verlangte. Jeder Anschein von Solidarisierung oder Unterstützung für die Okkupanten sollte klar und eindeutig als Verrat verurteilt werden. Die Komintern hielt es offenbar für nötig, die prinzipielle Linie zu unterstreichen: "Nach unserer Auffassung ist es ein elementarer Grundsatz, daß die wirtschaftliche und nationale Wiedererhebung des Landes unmöglich auf der Grundlage der politischen Kollaboration, des Kompromisses oder der Solidarität mit den Okkupanten erfolgen kann."<sup>54</sup>

Die Pariser KP-Führung verstand die Signale. Ende August bestätigte sie, daß sie die Verhandlungen längst abgebrochen hatte. Zugleich teilte sie mit, daß einer ihrer Hauptunterhändler als deutscher Agent aus der Partei ausgeschlossen worden war. Beruhigt konnte Dimi-

50 Ebenda, S. 35: "...nécessaire susciter résistance passive des larges masses et sous toutes formes contre envahisseurs".

51 Ebenda: "Préférable garder silence sur Degaule et ne pas mettre accent contre Angleterre afin ne pas faciliter politique Petain et ses protecteurs".

52 Gotovitch, José: *Du Rouge au Tricolore. Les Communistes belges 1939-1944*, Brussel 1992, S. 85-87.

53 Pelt, a.a.O. S. 211-216.

54 Nach Narinski, *Le Komintern*, S. 24: "... il est un axiome élémentaire d'impossibilité de relèvement économique du pays et de redressement national sur la base de collaboration politique, de compromis, de solidarité avec les occupants."



trow am 13. September Stalin melden, daß die französische Partei sich nunmehr auf dem rechten Wege befand und damit begonnen hatte, die neuen Direktiven umzusetzen. Ein erster umfassender Bericht aus Paris vom 19. September folgte gänzlich der neuen antideutschen Linie.<sup>55</sup> Nach Courtois hatte auch die Führung der Kommunisten im Lande begriffen, daß sie einer grundsätzlich neuen Realität gegenüberstand: Frankreich war besiegt und besetzt.<sup>56</sup>

Wie für Norwegen läßt sich - zeitlich eher und inhaltlich klarer - für Frankreich belegen, daß die Distanzierung der Kommunisten von der Okkupationsmacht und die Setzung nationaler, antideutscher Akzente nicht allein oder primär aus der eigenen Partei heraus und in Opposition zu Moskau erfolgte, sondern ganz im Gegenteil von Moskau aus angeregt, ja in konkreten Fragen durchzusetzen versucht wurde - auf Grund der weitaus besseren Verbindungen nach Paris gegenüber der französischen Partei mit mehr Erfolg als gegenüber der norwegischen.

Es brauchte Zeit, die neuen antideutschen Signale zu verbreiten und in die praktische Politik einzubringen, in einer Partei, deren Organisation nach Mobilmachung und Krieg in der Illegalität neu aufgebaut werden mußte. Schon im Juli 1940 waren in Frankreich erneut Kommunisten verhaftet worden<sup>57</sup>, und im Oktober setzte eine Verhaftungswelle ein. Es war in erster Linie die französische Polizei, die sich damit befaßte, und zwar in den besetzten Gebieten unter deutscher Kontrolle. Nach einem Gestapo-Bericht vom 24. Januar 1941 hatte die Polizeiaktion zu 1250 Verhaftungen geführt.<sup>58</sup>

Den Herbst hindurch koexistierten die neuen antideutschen Akzente offenbar mit den Aussagen der früheren Klassenkampfpolitik. Die nationale Befreiung wurde nach wie vor mit der sozialen, d.h. mit der Orientierung auf eine sozialistische Revolution, verknüpft. Eine Zusammenarbeit mit den Anhängern de Gaulles blieb weiterhin ausgeschlossen. Der Schwerpunkt in der Agitation der PCF lag auf ökonomischen und sozialen Forderungen und Aktionen - gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen. Ihr Hauptstoß richtete sich gegen die Vichy-Regierung, die allerdings inzwischen als Regierung der Verräter, der Kreaturen der Okkupationsmacht usw. galt. Die aktive Rolle des Vichy-Regimes bei der Verfolgung der PCF hat dieses Verhalten sicherlich - und vielleicht auch anhaltend - verstärkt.

Im Herbst und im Winter wurden die antideutschen Akzente indessen zum festen Bestandteil der Agitation und Propaganda der PCF, wobei die Distanzierung von und Angriffe auf Großbritannien nach wie vor ihren Platz hatten. In seiner 1980 herausgegebenen Studie über die PCF blieb Stéphane Courtois dabei, daß die neuen Akzente im Sommer 1940 als taktische und nicht als Anzeichen für eine beginnende Kursänderung anzusehen sind. Nichtsdestoweniger macht seine Analyse der illegalen Schriften der PCF deutlich, daß sich darin von September/Oktober an eine zunehmend antideutsche Haltung artikuliert. Als Illustration kann der neue Inhalt der Losung "Nieder mit dem imperialistischen Krieg" angeführt werden, die sich nunmehr dagegen richtet, daß das Vichy-Regime Frankreich in den Krieg

---

55 Veröffentlicht in: Cahiers d'histoire de l'institut de recherches marxistes (CHIRM), No. 42 (1990), S. 110-118.

56 Courtois, *Un été*, S. 110.

57 Avakoumowitch, Ivan: La résistance du PCF vue par l'occupant (juillet 1940-juin 1941), in: CHIRM, No. 14 (1983), S. 66.

58 Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945). Achtbändige Dokumentenedition, Bd. Frankreich, Berlin 1990, Dok. 31.

auf deutscher Seite hineinzieht. Diese "antideutsche Wendung" führte Courtois seinerzeit auf die Rolle der Okkupationsmacht bei der Kommunistenjagd im Oktober zurück;<sup>59</sup> m.E. ergibt sie sich als folgerichtige Konsequenz aus den neuen Signalen, die seit Juni/Juli von der Komintern kamen.

Courtois zeigte auch, wie die nationale Rhetorik in der Presse der PCF seit Mitte November einen neuen und größeren Platz erhielt. Das wurde auch von der Gestapo registriert. Ihre Dienststelle Paris berichtete am 14. Dezember 1940 u.a. über "lebhaftige Angriffe" auf die Besatzungsmacht: "Die seit 14 Tagen klar bestimmte kommunistische Taktik ist auf die Wiederaufnahme der nationalen Einstellung, wie sie von den Kommunisten vor Abschluß des deutsch-russischen Paktes verfolgt wurde, abgestimmt."<sup>60</sup> Ein Bericht derselben Dienststelle vom 9. Januar 1941 konstatiert, daß die PCF im nichtbesetzten Gebiet nicht nur ebenso nationale Losungen propagiert, sondern auch schon "enge Beziehungen zu den Anhängern de Gaulles hergestellt" hat.<sup>61</sup> Nach Courtois fanden die Begriffe "Nazi" und "Fascisme" zu Beginn des Jahres 1941 wieder Aufnahme ins Vokabular der PCF.<sup>62</sup>

Die nächste Stufe in der Entwicklung der PCF zu einer Kraft des Widerstands spiegelt sich in der klaren Tendenz, den nationalen Befreiungskampf an die erste Stelle zu setzen, die in den illegalen Zeitungen und Schriften der Partei von Dezember 1940 an sichtbar wird und die im Frühjahr 1941 immer deutlicher hervortritt. Das gipfelt in dem bekannten Aufruf zur Bildung einer Nationalen Front für Frankreichs Unabhängigkeit vom 15. Mai 1941.<sup>63</sup> Es war übrigens nicht zuletzt dieser Aufruf, der die frühere Vordatierung des Beginns des kommunistischen Widerstands vom 22. Juni auf April/Mai 1941 veranlaßt, jedoch nicht verhindert hat, daß Anhänger der traditionellen Auffassung auch darin nichts Neues erkennen wollen.<sup>64</sup>

Zum Ausdruck kam der Aspekt der nationalen Befreiung auch in dem großen, bis zu 80.000 Bergarbeiter erfassenden Streik vom Mai/Juni 1941 im nordfranzösischen Kohlegebiet, das unmittelbar unter deutscher Militärverwaltung stand. Kommunisten spielten dabei eine Schlüsselrolle, ebenso wie es die belgischen Kommunisten einige Wochen zuvor bei dem Bergarbeiterstreik auf ihrer Seite des Kohlegebietes getan hatten.<sup>65</sup> Im Unterschied zu den lokalen Streiks, die die französischen Kommunisten im Herbst 1940 organisiert hatten, stand dieser u.a. unter der PCF-Losung: "Es lebe die Nationale Front des Kampfes für die Unabhängigkeit Frankreichs."<sup>66</sup>

## Kommunisten und Widerstand vor dem 22. Juni 1941

Auf der Grundlage der geschilderten Beispiele NKP und PCF - und der Hinweise auf andere kommunistische Parteien - ist hier auf die einleitend gestellte Frage nach der Datierung des Beginns des kommunistischen Widerstands zurückzukommen. Wie schon dargelegt, wird der

59 Courtois, *Le PCF*, S. 151f.

60 Europa unterm Hakenkreuz, Dok. 26.

61 Ebenda, Dok. 28.

62 Courtois, *Le PCF*, S. 163.

63 Ebenda, S. 187ff. - Der Aufruf im Wortlaut S. 554-565.

64 Vgl. z.B. Pike, *Between the Junes*, S. 477.

65 Vgl. Gotovitch, *Du Rouge au Tricolore*, S. 110-115.

66 Wortlaut in: CHIRM, No. 14 (1983), S. 213-215.

Begriff "Widerstand" selten explizit definiert. Gegebenenfalls können Definitionen zudem sehr unterschiedlich sein. Darin widerspiegeln sich nicht nur individuelle Auffassungen, sondern auch die Unterschiede in der Okkupation - wenn wir hier schon Deutschland selbst ausser acht lassen - und verschiedene historische Traditionen. Es dürfte kaum Zufall sein, daß zwei französische Historiker<sup>67</sup> eine Definition geben - "Losungen und/oder Handlungen, die ausdrücklich die Befreiung des nationalen Territoriums als vorrangiges Ziel haben" -, die ganz klar stärker abgegrenzt und ausschließlicher ist als die, die ein norwegischer Historiker<sup>68</sup> gegeben hat: "eine Handlung, die sich (bewußt) gegen das Regime richtete und den Akteur einem persönlichen Risiko aussetzte."

Von der letztgenannten Definition ausgehend, könnte man fragen, ob nicht die Aufrechterhaltung einer illegalen Parteiorganisation und die Herausgabe illegaler Schriften schon die Bezeichnung "Widerstand" verdienen - die Okkupationsmacht oder das Kollaborationsregime hatten mit ihrem Verbot und anschließender Verfolgung gezeigt, daß sie eben dies als gegen ihre Interessen gerichtete politische Handlungen betrachteten. Ebenso mußte die an sozialen und ökonomischen Forderungen orientierte Agitation der Kommunisten im Widerspruch zu den Interessen der Machthaber stehen - und ihre Agitation für und Orientierung auf die sozialistische Revolution war ebensowenig in Übereinstimmung mit der "Neuordnung", die die Okkupationsmacht im Sinne hatte.

Fordert man statt dessen eine direkt gegen Okkupanten oder Kollaborateure gerichtete Tätigkeit, so ist ebenso klar, daß eine derartige Tätigkeit - in erster Linie Agitation - seit September 1940, und im Herbst ständig zunehmend, erfolgte. Das galt für die PCF und alsbald auch für die NKP, weil deren Frontstellung gegen die NS in hohem Maße auf der Gewißheit beruhte, daß Quisling ohne deutsche Unterstützung nichts vermochte. Weil aber diese Tätigkeit in der Politik der beiden kommunistischen Parteien nur einen - wenn auch wichtigen - Aspekt bildete, ist es vielleicht am besten, von Elementen des Widerstands zu sprechen, die in eine andere und größere Ganzheit eingingen.

Das gilt nicht nur für die beiden genannten Parteien. Die niederländische Partei konstatierte auf der Titelseite der ersten Ausgabe ihres illegalen Hauptorgans "De Waarheid" im November 1940 u.a.: "Kein Faschismus in den Niederlanden! Kein Rassenhaß oder Antisemitismus, mit denen die Nazis unser Volk vergiften wollen! Keine Gemeinsamkeit mit der Okkupationsmacht!"<sup>69</sup> Und Walter Maas attestiert, daß diese illegale Zeitung "constantly attacked the Nazis" und "fiercely anti-Nazi" war.<sup>70</sup> Zwar wurde auch dieses Verhalten selbst 1990 noch der traditionellen Auffassung gemäß als nationale Besonderheit und - allerdings tolerierte - Abweichung von der Linie der Komintern interpretiert.<sup>71</sup> Doch ist es eher im

---

67 Courtois, Stéphane/Peschanski, Denis: La stratégie du Parti Communiste français de 1938 à 1941, MS, Paris 1983, S. 55, zit. nach Halvorsen, Terje: Zwischen London und Berlin: Widerstand und Kollaboration in Norwegen 1940-1945, in: Bohn, Robert/Elvert, Jürgen/Rebas, Hain/Salewski, Michael (Hrsg.): Neutralität und totalitäre Aggression. Nordeuropa und die Großmächte im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1991, S. 337.

68 Grimnes, Ole Kristian: Norge under okkupasjonen, Oslo 1983, S. 45.

69 De Waarheid in de oorlog. Een bundeling van illegale nummers uit de jaren '40-'45, Amsterdam 1980, S. 25 (Faksimile).

70 Maas, Walter: The Netherlands at War 1940-1945, London 1970, S. 65 und 76.

71 Pelt, Vrede door Revolutie, S. 388.

internationalen Kontext und als eine logische Folge der neuen Signale der Komintern zu verstehen, wenngleich die antinazistische Profilierung in der niederländischen KP früher und stärker als z.B. in der PCF zum Ausdruck kam.

Ausgehend vom Kurs der PCF hat Michail Narinski, wie schon erwähnt, während der gesamten Paktperiode sechs - allerdings nicht datierte - Phasen ausgemacht: beginnend mit dem Kampf gegen den imperialistischen Krieg und die eigene Bourgeoisie und Regierung - bekanntlich war dies die bekannte Generallinie bis zum Sommer 1940; dem folgten die Phasen der Verurteilung des Verrats der Bourgeoisie, der Ablehnung der Zusammenarbeit mit der Okkupationsmacht, der Ausnutzung der Unzufriedenheit der Massen, des Kampfes für nationale Befreiung und schließlich der breiten nationalen Kampffront gegen die Okkupationsmacht.<sup>72</sup>

Von den beiden angeführten Definitionen des Begriffes "Widerstand" würde die zweite, umfassendere Definition auch die Elemente des Widerstands der Phase ab Sommer/Herbst 1940 erfassen, während die erste, engere, erst auf Narinskis vorletzte Phase des Kampfes für nationale Befreiung zutrifft, d.h. die Phase, in welcher der Übergang von einer Politik mit Elementen des Widerstands zu einer Politik stattfindet, die von diesen Elementen dominiert (wenngleich nicht ausschließlich bestimmt) wird.

Eine genaue Datierung dieses Übergangs könnte schon für eine einzelne Partei problematisch werden - für alle kommunistischen Parteien, auch nur für die Westeuropas, ist sie wahrscheinlich überhaupt nicht möglich. Dazu waren die Verhältnisse zu unterschiedlich. Dennoch gibt es gute Gründe, den Übergang auf die Zeit um den Jahreswechsel 1940/41 zu datieren. Nach Courtois erfolgte die "Wendung" der PCF im Dezember 1940.<sup>73</sup> Für die belgische KP hat Gotovitch "den entscheidenden Wendepunkt" (le tournant décisif) auf Januar 1941 datiert.<sup>74</sup> Auch die Schlüsselrolle der niederländischen KP in dem großen politischen Februarstreik in Amsterdam läßt sich in diesem Sinne interpretieren, obwohl sich einwenden läßt, daß die Rolle der zentralen Parteiführung im Vorfeld etwas umstritten ist und der Streik selbst ein dramatische Einzelerscheinung blieb und nicht zum Auftakt einer Serie ähnlicher Aktionen wurde - eine Welle von Verhaftungen niederländischer Kommunisten durch die Okkupanten löste er immerhin aus.<sup>75</sup>

Auf jeden Fall ist es problematisch, mit einem Widerstandsbegriff zu operieren, wie ihn der eingangs angeführte Hæstrup benutzt, der jene Kräfte vom Widerstand ausschließt, die die Hauptverantwortung für die drei einzigen großen Streiks trugen, die in den von Deutschland besetzten Gebieten vor dem 22. Juni 1941 stattfanden. Allerdings gibt es im Hinblick auf die Kommunisten in einigen wichtigen Punkten auch Gründe für die Beibehaltung der klassischen Datierung 22. Juni 1941. Das gilt vor allem für den militärischen Widerstand - die Anwendung von Gewalt. In Mittel- und Westeuropa griff vor diesem Tage kein parteitreuer Kommunist zur Waffe, hätte er sich damit doch zum Teilnehmer am "imperialistischen Krieg" gemacht. Das gilt auch für die Parteinahme für Großbritannien, selbst wenn sich sowohl in der Theorie als auch in der Praxis der Parteien unübersehbar die Tendenz abzeichnete, mit anderen Gruppen zusammenzuarbeiten, die ihrerseits Großbritannien unterstützten.

72 Narinski, *Le Komintern*, S. 27.

73 Courtois, *Un été*, S. 161.

74 Gotovitch, *Du Rouge au Tricolore*, S. 103.

75 Pelt, a.a.O., S. 265 ff.; Galesloot/Legêne, a.a.O., S. 78 ff.

Auf der Tagesordnung stand nur der *politische* Widerstand - der auch die Kriegswirtschaft betraf. Insofern setzte der Pakt eindeutige Grenzen für den Widerstand der Kommunisten, die erst nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion entfielen.

Und dennoch ist es erforderlich, die Frage des kommunistischen Widerstands vor dem 22. Juni 1941 viel differenzierter - und mit einer klaren komparatistischen Perspektive - anzugehen, als das bisher geschehen ist. Der vorliegende Artikel ist als ein Beitrag dazu - und damit zur weiteren Diskussion - gemeint.

*Übersetzung aus dem Norwegischen von Fritz Petrick (Greifswald).*